

Bremer Rundschau



Sozialistisches Infoblatt der Deutschen Kommunistischen Partei Bremen

November 2017



Gesundheit als Ware?

Der Kampf für eine bessere Gesundheitsversorgung und mehr Personal in den Krankenhäusern ist ein wichtiger Streit, um unsere Lebensbedingungen zu verbessern.

Er ist ein Kampf gegen die Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung, die natürlich nicht nur die Gesundheitsberufe betrifft. Letzten Endes ist er ein Kampf darum, als Mensch behandelt zu werden und auch andere als Menschen zu behandeln.

Mehr Personal im Gesundheitsbereich!

Wir Kommunisten fordern eine gesetzliche Personalbemessung für die Krankenhäuser als verpflichtende Untergrenze. Eine Pflegekraft soll nicht mehr als fünf Patienten versorgen müssen, auf den Intensivstationen nicht mehr als zwei! Und das ist durchaus realistisch. In Dänemark beispielsweise gibt es eine Pflegekraft auf vier Patienten. Zurzeit liegt der Durchschnitt in der BRD bei zehn Patienten, damit ist die BRD europäisches Schluss-

licht. Das belegen nicht nur die täglichen Arbeitsbelastungen wie zum Beispiel in den vier Bremer Krankenhäusern der Gesundheit Nord.

Weil die sich permanent verschlechternden Arbeitsbedingungen oft nicht mehr auszuhalten sind verlassen viele den Beruf oder gehen den Weg des Krankmeldens.

Fazit: Die Beschäftigten, die uns gesundmachen sollen, werden dadurch krank.

Tarifvertrag Entlastung

Die Gewerkschaft ver.di hat angekündigt, in den Krankenhäusern für einen Tarifvertrag Entlastung eintreten zu wollen. Das findet natürlich die Unterstützung der Kommunisten. Nach Berechnungen der Gewerkschaft fehlen in bremischen Krankenhäusern über 1.600 Stellen, das bedeutet jeder sechste Arbeitsplatz!

Im Bremer Appell für mehr Krankenhauspersonal heißt es zu recht: *Die Patienten und die Angehörigen sind die Leidtragenden dieser Entwicklung. Wir alle können jederzeit in eine Situation kommen, in der wir auf professionelle Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.*

Wir brauchen eine bessere Krankenversorgung ohne Gesundheitsschäden für die Beschäftigten. Wir brauchen mehr qualifiziertes Personal im Krankenhaus. Wir möchten, dass der Personalnotstand bekämpft wird. Eine gesetzliche Personalbemessung ist die richtige Herangehensweise. Ein Tarifvertrag Entlastung kann der Anfang sein.

Wir Kommunisten sagen:



DIE Perspektiven für ein menschenwürdiges und modernes Gesundheitswesen leiten sich ab von unseren sozialistischen gesundheitspolitischen Prinzipien. Wir wollen ein Gesundheitswesen als integralen Bestandteil einer sozialen Gesellschaft, in welchem das kapitalistische Profitprinzip nicht im wahrsten Sinne des Wortes über das Wohl und Wehe der Menschen entscheidet!

**WER DEN REICHEN NICHTS NIMMT -
KANN DEN ARMEN NICHTS GEBEN!**

Rentenroulette und Pokerrente

Bundesregierung (CDU/SPD) liefert Betriebsrenten den Aktienmärkten aus



Als die rot-grüne Koalition im Jahr 2002 ihre „große Rentenreform“ auf den Weg brachte und der Einstieg in die kapitalgedeckte Rente erstmals vollzogen war, wurde dies als der große Wurf gefeiert. Das deutsche Rentensystem sollte nun endlich zukunftssicher sein.

Das Jammern ist nun groß.

Erst jetzt wird offensichtlich, dass die Rentner in Wahrheit in eine Falle gelockt wurden, aus der

es kein Entkommen gibt. Die gesetzlich garantierte Rente fällt und fällt, aber die private Vorsorge, die die Lücke schließen sollte, gleicht das nicht aus.

Die Altersvorsorge von 17 Millionen Menschen ist bedroht, denn die Pensionskassen können nur noch Anleihen mit niedrigen Zinsen aufnehmen. Der Anlagenotstand lässt die Renten schrumpfen.

Frau Nahles sozialdemokratische Lösung

Allen Unkenrufen zum Trotz, wurde nun durch das Bundeskabinett das sogenannte „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ beschlossen, konkret heißt das, dass die Arbeitgeber eine reine Beitragszusage machen können, ohne jegliche Garantien auf eine spätere Rentenzahlung.

Das neue Gesetz wird dazu führen, dass die Beschäftigten zukünftig über noch mehr Entgeltumwandlung auf Lohn verzichten und damit ihre gesetzliche Rente und die aller künftigen Rentner kürzen. Gleichzeitig werden sie am Ende ihres Berufslebens nicht wissen, mit wie viel Betriebsrente sie rechnen können. Ein Großteil ihres Geldes wird zukünftig hochriskant auf den Aktienmärkten angelegt werden. Läuft es schlecht, müssen laufende Renten gekürzt werden. Die Arbeitgeber übernehmen keinerlei Haftung und keinerlei Verantwortung mehr.

Das Kapitalmarktrisiko wird jetzt allein auf die Beschäftigten übertragen. Bei diesem Rentenroulette handelt es sich in Wirklichkeit um eine Pokerrente und keine Vertrauen schaffende Rentenpolitik seitens der Bundesregierung. ♦



Um die Beitragssätze niedrig zu halten, hat die damalige Bundesregierung Anfang des Jahrtausends entschieden, das Niveau der gesetzlichen Rente kontinuierlich sinken zu lassen. Die Beschäftigten sollten stattdessen privat vorsorgen (Riester-Rente), die Arbeitgeber wurden entlastet. Aber die Erwartungen an die private Altersvorsorge haben sich nicht erfüllt. Ohne Kurswechsel droht den Beschäftigten sozialer Abstieg im Alter: Sinkt das Rentenniveau weiter von 48 Prozent (heute) auf unter 42 Prozent (2045), müssen alle für die gleiche Rente wesentlich länger arbeiten – bei einem Lohn von 2500 Euro wären es z. B. 42 statt 37 Jahre. Und selbst dann läge die Rente nur gerade in Höhe der Grundsicherung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will das Rentenniveau sofort auf dem heutigen Stand stabilisieren und im weiteren Schritt anheben, etwa auf 50 Prozent.

Mehr Infos unter www.rente-muss-reichen.de

